

Stand: 18.02.2026 21:12:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/767

"Ja zum Wirtschaftsstandort Bayern und Deutschland - Keine weitere Blockade des
Wachstumschancengesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/767 vom 20.03.2024
2. Beschluss des Plenums 19/783 vom 21.03.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 21.03.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht, Barbara Fuchs, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ja zum Wirtschaftsstandort Bayern und Deutschland – Keine weitere Blockade des Wachstumschancengesetzes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) im Bundesrat nicht weiter zu blockieren. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem im Vermittlungsausschuss verhandelten Kompromiss zuzustimmen und das Gesetz in der finalen Abstimmung im Bundesrat passieren zu lassen.

Begründung:

Das Wachstumschancengesetz stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Mit steuerlichen Anreizen wird der Standort Deutschland für Investitionen in saubere und klimafreundliche Technologien attraktiver. Das Gesetz sah ursprünglich eine Entlastung von rund 7 Mrd. Euro für die Wirtschaft vor. Auf Druck der Union wurden im Vermittlungsausschuss nun leider erhebliche Teile des Gesetzes gestrichen, sodass sich die jährliche Entlastung noch auf 3,2 Mrd. Euro beziffert. Gleichzeitig spricht Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger bei der reduzierten Summe von einem „Heftpflaster“ für die Wirtschaft und fordert die zehnfache Summe als Entlastung.

Seit Ende letzten Jahres blockieren und torpedieren die unionsgeführten Bundesländer diese wichtigen Maßnahmen für die bayerische und deutsche Wirtschaft. Dass unser Land heute so dasteht, hat auch damit zu tun, dass kein Ausbau der Infrastruktur, keine Investitionen in die Bahn, keine Digitalisierung, keine wirkliche Energiewende und kein Fachkräfteeinwanderungsgesetz in 16 Jahren Unionsregierung wirklich in Angriff genommen wurden. Unternehmen dürfen von der vermeintlich wirtschaftsfreundlichen CSU nicht in Haftung genommen werden, um über diese Versäumnisse hinwegzutäuschen. Inzwischen haben 18 Wirtschaftsverbände die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten aufgefordert, die Blockadehaltung aufzugeben – darunter beispielsweise die MittelstandsAllianz, der Bundesverband Breitbandkommunikation oder der Eigenheimerverband Deutschland. „Es steht nichts weniger auf dem Spiel als die Rettung des deutschen Mittelstands“, teilten die Verbände in ihrem Schreiben mit. Auch in Bayern sind die mittelständischen Unternehmen das Rückgrat der Wirtschaft.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht, Barbara Fuchs, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/767

Ja zum Wirtschaftsstandort Bayern und Deutschland – Keine weitere Blockade des Wachstumschancengesetzes

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Walter Nussel

Abg. Florian von Brunn

Abg. Florian Köhler

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Josef Lausch

Staatsminister Albert Füracker

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja zum Wirtschaftsstandort Bayern und Deutschland - Keine weitere Blockade des Wachstumschancengesetzes (Drs. 19/767)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Steffi Schuhknecht das Wort.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was haben Robert Habeck, Markus Söder und Hubert Aiwanger eigentlich gemeinsam?

(Michael Hofmann (CSU): Steile These!)

– Ich habe mir schon gedacht, dass Sie das hier vorne bewegt. – Alle drei wollen die Wirtschaft entlasten und Deutschland und Bayern wieder zu einem attraktiven Standort für Zukunftsinvestitionen machen. Das klingt gut. Aber liefern sie auch?

Robert Habeck hat zusammen mit dem Finanzminister schon Ende 2023 ein umfangreiches Gesetz vorgelegt, das die Wirtschaft ursprünglich mit 7 Milliarden Euro entlastet hätte: das Wachstumschancengesetz. Wie Sie wissen, steht es morgen im Bundesrat zur Abstimmung.

Dieses Gesetz wird von der Union im Bundesrat seit November blockiert und im Vermittlungsausschuss torpediert. Es wurde auch auf gut 3 Milliarden Euro geschrumpft. Gleichzeitig hält unser bayerischer Wirtschaftsminister die geplanten Entlastungen eigentlich für lächerlich und fordert mindestens 30 Milliarden Euro an Entlastung. Der Ministerpräsident spricht gar höhnend von einem Micky-Maus-Gesetz. Um eins draufzusetzen, fordert allen voran die Söder-Regierung,

(Michael Hofmann (CSU): Die Staatsregierung, bitte!)

dass man die schon abgemilderte Kürzung der Agrardieselsubventionen komplett zurücknehmen müsse, damit die Union überhaupt darüber nachdenken könnte, dem Gesetz zuzustimmen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Was ist daran so schlimm?)

– Hören Sie mal zu! – Manchmal fragt man sich schon, worum es der Union und den Koalitionären hier in Bayern denn geht. Sehen Sie denn die Notwendigkeit, die Wirtschaft jetzt schnell zu entlasten? – Ich hoffe doch schon. Man hat aber oft den Eindruck, es geht Ihnen vordergründig erst einmal nur darum, sich bei den Bauern beliebt zu machen und die Leute zu verunsichern.

Das Wachstumschancengesetz würde aber eben nicht nur die bayerische Wirtschaft entlasten, sondern auch unseren bayerischen Bauern Entlastungen bringen. Da könnte nämlich auch ein Landwirt – nennen wir ihn einmal Landwirt Aiwanger – Verluste aus seinem Betrieb drei Jahre zurücktragen und mit Gewinnen aus den Vorjahren verrechnen. Wenn Landwirt Aiwanger schlau ist – wir gehen mal davon aus –, dann investiert er in diesem Jahr in eine neue Maschine, in eine PV-Anlage oder von mir aus auch in einen neuen Traktor; denn er weiß, dass er durch die Verrechnung mit den Gewinnen der Vorjahre über eine Steuererstattung einen erheblichen Teil der Investitionskosten zurückbekommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt, dass das Gesetz unter gewissen Voraussetzungen sogar eine Möglichkeit vorsieht, Investitionen im ersten Jahr schon mit 60 % abzuschreiben. Geschenkt ist die Maschine deswegen natürlich noch lange nicht, aber ich denke, billiger bekommt man sie unter dem Strich nicht mehr.

Gleichzeitig sehen wir in der Bauwirtschaft angesichts hoher Preise, hoher Inflation und hoher Zinsen gerade ein Zögern. Durch die Einführung der degressiven Abschreibung auf Wohngebäude könnten mit dem Wachstumschancengesetz jeder Bauunter-

nehmer und jede Bauunternehmerin bei Neubauten zukünftig 6 % ohne Obergrenze von der Steuer absetzen. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes hat heute noch einmal öffentlich appelliert, dass Bund und Länder das jetzt auch beschließen, weil das wirklich wieder Schwung in den Wohnungsmarkt bringen könnte. Auch in Bayern ist das wirklich bitter nötig.

Das Gesetz baut auch ganz konkret Bürokratie ab. Ein Beispiel: Ich habe eine Kleinunternehmerin, eine Grafikerin, die meine Weihnachtskarten designed. Sie könnte rückwirkend ab 2023 keine Umsatzsteuererklärung mehr abgeben müssen; die Umsatzprüfung entfielen an der Stelle. Das ist vielleicht etwas Kleines, es ist aber auch ein Mehrwert.

Zusätzlich umfasst das Gesetz noch die Einführung der sogenannten E-Rechnung. Das wiederum ist die Grundlage dafür, künftig ein automatisiertes, digitalisiertes Meldesystem aufzusetzen. Damit könnte der Umsatzsteuerbetrug in Deutschland bekämpft werden. Es gibt dazu unterschiedliche Berechnungen. Es gibt Zahlen, wonach wir zehn Milliarden Euro Steuermehreinnahmen pro Jahr generieren könnten.

Meine Damen und Herren, die Union will das tatsächlich nicht? – Ich kann es mir nicht vorstellen. Der Brandbrief zahlreicher Mittelstandsvereinigungen überzeugt Sie auch nicht? – Ich habe immer gedacht, Sie seien eine Wirtschaftspartei. Mit diesen Spielchen riskieren Sie an der Stelle wirklich alles.

Wir fordern Sie auf: Beenden Sie die Blockade im Bundesrat! Sorgen Sie dafür, dass auch die bayerische Wirtschaft endlich Wachstumsimpulse bekommt, und stimmen Sie morgen für das Wachstumschancengesetz, für die Entlastung unserer Wirtschaft! Bayerns Wirtschaft braucht die neuen Regelungen und das Geld aus Berlin. Stehen Sie nicht mehr im Weg! – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Walter Nussel.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Frau Kollegin Schuhknecht, Frau Vorsitzende, das, was Sie gesagt haben, hat sich alles schön angehört.

(Johannes Becher (GRÜNE): Es hat ja auch gestimmt!)

Man muss aber mal darüber nachdenken, woher die ganze Misere kommt. Warum steht Deutschland denn heute wirtschaftlich an der schlechtesten Stelle in Europa

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Michael Hofmann (CSU): Hör halt erst mal zu!)

und hat mit 0,2 % das geringste Wirtschaftswachstum seit Jahrzehnten?

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Quatsch, Herr Schuberl!)

Das hat Gründe, die hausgemacht sind, weil sich unsere Unternehmen nicht mehr auf die Politik in Berlin verlassen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Speziell im Baubereich, was Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft hat, hat der Stopp der KfW-Förderung das Fass zum Überlaufen gebracht.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Über Nacht wurde da – ohne Vorbereitung der Wirtschaft – der Stecker gezogen. Das hat die ganze Bauwirtschaft ins Wanken gebracht. Bis heute ist kein Vertrauen mehr in die Bundesregierung gegeben, dass da etwas in Bewegung kommt. Das hat Auswirkungen bis nach unten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da muss man sich mal die Frage stellen, wo Deutschland unter der Regierung von CDU/CSU und SPD gestanden hat und wo Deutschland heute steht.

(Zuruf von der SPD)

Das sind die Auswirkungen eines miserablen Heizungsgesetzes; denn auch da wurde Vertrauen missbraucht. Da wurde den Leuten etwas gesagt und ein Bürokratiemonster aufgebaut, das überhaupt nicht einzuhalten oder umzusetzen ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD)

Dieses Gesetz führt dazu, dass Eigentümer von Liegenschaften nicht mehr wissen, was sie tun sollen, wie sie ihre Wohnungen sanieren sollen. Ältere Menschen kommen zu uns und sagen: Ich habe Angst um mein Eigentum. Was muss ich jetzt noch machen? Wie muss ich es sanieren? – Da ist keine verlässliche Politik vorhanden. Das schmälert unser Wirtschaftswachstum in der ganzen Republik. Das muss bereinigt werden. Da hilft dieses Wachstumschancengesetz nicht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor allem hilft es nicht, dass wir dieses Wachstumschancengesetz hier im Kleinen auf den Weg bringen. Da brauchen wir einen größeren Wurf. Unser Kabinett hat diese Woche entschieden, dass der Ministerpräsident nach vorne geht und das jetzt als Chefsache selbst in die Hand nimmt und wir von Bayern aus etliche Punkte auf den Weg bringen.

Von meiner Seite darf ich Ihnen sagen: Wir müssen der Bevölkerung und den Unternehmern und Unternehmerinnen wieder mehr Freiheit geben. Wir müssen ihnen mehr Eigenverantwortung und ein gewisses Restrisiko zubilligen. Dafür müssen wir hinter der Verwaltung stehen und der Verwaltung sagen, dass, wenn die Verwaltung Entscheidungen getroffen hat, die Politik, die Legislative dahintersteht. Das ist die Grund-

ausrichtung. Die müssen wir einfordern. Dann kommen wir aus dieser wirtschaftlichen Misere langsam wieder raus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lasst uns also weniger kontrollieren! Lasst den Unternehmen mehr Freiheit! Lasst ihnen mehr Raum zum Entwickeln!

Vor allem bei den ganzen Steuervorgaben ist im Moment keine Verlässlichkeit zu spüren. Da heißt es mal so, mal so. Die CSU und der Ministerpräsident sagen ganz klar: Wir brauchen Steuerentlastungen, nicht zusätzliche Steuern. Wir brauchen Entlastungen auch bei der Erbschaftsteuer, vor allem damit die nachfolgenden Generationen sagen: Jawohl, ich vertraue der Bundesregierung und der Staatsregierung. Hier kann ich weiter investieren, Arbeitsplätze schaffen und weiterhin meine Firma oder meine Firmen in die richtige Richtung lenken. – Das muss das Ziel sein. Deswegen werden wir das weiterhin ablehnen.

Sie sagen, das seien nur die Landwirte, für die wir kämpfen. – Da geht es aber um viel mehr. Es geht sicher um 250.000 mittelständische landwirtschaftliche Betriebe, denen die Verteuerung des Agrardiesels existenzielle Probleme schaffen wird, wenn das so durchgeht, wie Sie das wollen. Das wollen wir nicht. Wir stehen auch für unsere Bauern, wir stehen für die Landwirtschaft und alles, was damit zusammenhängt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Da kann man nicht leichtfertig sagen, dass wir das nur wegen der Bauern blockieren. Wir blockieren es aus den Gründen, die ich jetzt aufzuzeigen versucht habe. Da ist viel mehr. Da muss ein viel größerer Wurf kommen. Dieses Wachstumschancengesetz muss ganz anders ausgestaltet werden, bis hin zu den Steueränderungen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor; die erste kommt vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Nussel, hören Sie auf, unser Land schlecht-zureden!

(Widerspruch bei der CSU)

Von 19 großen Ansiedlungsentscheidungen der Halbleiterindustrie in Europa fielen 13 zugunsten Deutschlands. Warum, meinen Sie, kommen Intel und Microsoft nach Deutschland?

(Zurufe von der CSU)

Hören Sie sich mal in den USA um: Die haben großen Respekt davor, dass es das drittgrößte Industrieland der Welt geschafft hat, inzwischen 60 % seines Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Das haben wir geschafft!

(Zurufe von der CSU)

– Ich weiß, das können Sie nicht ertragen. Aber hören Sie auf, unsere wirtschaftlichen Perspektiven schlechtzureden. Das schadet unserer Wirtschaft. Das kostet Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte, Herr Kollege.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege von Brunn, ich bin bestimmt nicht dafür bekannt, dass ich etwas schlechtrede.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie doch!)

Sie haben eine Branche genannt, in die die Bundesregierung viel Geld investiert hat.

(Florian von Brunn (SPD): Aber die Pharmaindustrie verteidigen Sie!)

Aber von den anderen, von den ganzen Mittelständlern, von den ganzen Menschen,

(Martin Wagle (CSU): Richtig!)

die über Jahre hinweg Betriebe aufgebaut haben, wollen Sie das Geld nehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Damit treiben Sie unsere Betriebe aus dem Land! Ich denke an die Firma Viessmann, die gleich nach der Ankündigung des Heizungsgesetzes ihren Betrieb ins Ausland verkauft hat. Das ist falsche Politik. Deswegen wollen wir das korrigieren und auf einen anderen Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Steffi Schuhknecht.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Herr Nussel, Sie haben es aus meiner Sicht nicht so klar beantwortet. Wir haben einen Brandbrief von 18 Mittelstandsverbänden, die ganz klar sagen: Es steht nichts weniger auf dem Spiel als die Rettung des deutschen Mittelstandes. Da beziehen sie sich auf dieses Gesetz. Sie sagen trotzdem, dass Sie dieses Gesetz nicht mittragen werden. Das müssen Sie mir erklären. Das verstehe ich nicht. Das verstehen meiner Meinung nach auch die ganzen mittelständischen Betriebe in Bayern nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Walter Nussel (CSU): Frau Kollegin, die Frage an die Verbände war genau zu diesem Gesetz. Aber die Frage hätte heißen müssen: Was möchten die Verbände, damit die Wirtschaft wieder richtig läuft? – Da geht es nicht nur um dieses Gesetz, sondern da geht es auch darum, was ich auszuführen versucht habe.

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Genau! – Zurufe von den GRÜNEN)

Es geht um die grundlegende Ausrichtung der Wirtschaftspolitik des Freistaats Bayern und der Bundesrepublik Deutschland. Darum geht es.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Es geht um das vorliegende Gesetz!)

Und da ist kein Vertrauen mehr vorhanden. Das Vertrauen müssen wir zurückgewinnen. Das geht nicht mit diesem Wachstumschancengesetz. Deswegen lehnen wir das ab.

(Johannes Becher (GRÜNE): Da geht es nur um dieses Gesetz! – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegen keine Meldungen zu Zwischenbemerkungen mehr vor. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Florian Köhler.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Wachstumschancengesetz ist vor allem ein Gesetz der verpassten Chancen: keine Soli-Abschaffung, keine Unternehmensteuersenkung, kein Energiewendestopp. Das wären elementare Maßnahmen zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit. Die sind eben nicht Teil dieses Gesetzes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Anstatt also über echte Maßnahmen zur Bewahrung unseres Wohlstandes und zur Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland zu diskutieren, streiten sich jetzt die Ampel-Parteien mit der Union um das Gesetz. Dabei muss ich der Ampel in einem Punkt sogar recht geben: Die Union blockiert ein Gesetz, das sie gar nicht so schlecht findet, um es mit den Forderungen der Landwirte zu verbinden.

(Martin Wagle (CSU): Unsinn!)

– Es ist doch eindeutig: CDU und CSU missbrauchen die legitimen Forderungen unserer Landwirte, um Jahrzehnte schwarzer Bürokratie und Regulierungswut gegen die Landwirtschaft vergessen zu machen. So sieht es aus!

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Unsinn!)

Wenn man den GRÜNEN und der SPD zuhört, dann denkt man, dass es sich beim Wachstumschancengesetz um eine ökonomische Wunderwaffe handeln würde. Dabei haben sowohl der grüne Bundeswirtschaftsminister Habeck als auch der FDP-Bundesfinanzminister Lindner gesagt, dass das Paket eigentlich viel zu wenig und viel zu klein ist. Bereits im November 2023 hat das Institut der deutschen Wirtschaft berechnet, dass dieses Gesetz ein jährliches Mehrwachstum von 0,05 % bringen würde. – Die Ampel-Wunderwaffe ist also schon vor der Verabschiedung in Wahrheit nichts anderes als ein Rohrkrepierer.

(Beifall bei der AfD)

Dabei müsste die Ampel einfach nur das tun, was die Kollegen von der CSU jüngst mit dem Genderverbot in Bayern gemacht haben: bei der AfD abschreiben.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN)

Deutschlands Wirtschaft braucht endlich wieder eine günstige und sichere Energieversorgung, die unabhängig davon ist, ob die Sonne scheint oder der Wind weht. Dazu braucht es die Nutzung aller heimischen Energieträger und einer Technologie, in der Deutschland vor dem Erfolg der GRÜNEN einmal Weltspitze war, nämlich der Kernenergie. Mit den Reaktoren in Gundremmingen und Grafenrheinfeld sowie in den Kernkraftwerken Isar 1 und Isar 2 hatte Bayern einmal die sichersten und besten Kernkraftwerke der Welt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Und die teuersten!)

– Die teuerste Energiepolitik? Entschuldigung, haben Sie mal auf Ihre Stromrechnung geschaut? Als Abgeordneter können Sie sich das ja leisten, aber ein normaler Bürger fast gar nicht mehr.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist wohl lächerlich.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Als Abgeordneter kann man sich die hohen Strompreise schon leisten. – Wäre die CSU, allen voran Markus Söder, nicht so opportunistisch gewesen, als sie sich an die vorderste Front der Anti-Atomkraft-Bewegung gestellt hat, ginge es unserem Land und der bayerischen Wirtschaft heute in Wahrheit deutlich besser.

(Beifall bei der AfD)

Aber nicht nur die Energiepreise, sondern auch die Unternehmenssteuern in Deutschland sind viel zu hoch. Wer Risiken eingeht, neue Technologien entwickelt und gut bezahlte Arbeitsplätze schafft, darf nicht länger bestraft werden, meine Damen und Herren. Überall mangelt es an Arbeitskräften. Statt das Potenzial der eigenen Bürger zu nutzen, werden uns und auch den Unternehmern – ich hatte erst letzte Woche ein Gespräch mit einem Gastronomen – Syrer, Afghanen und Somalis, selbst Analphabeten aus dem Ausland unter dem Titel "Fachkräftemangel" als Lösung verkauft. Die Folge: Islamisierung unserer Städte und alltägliche Gewaltkriminalität von Migranten.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Das ist unerträglich! Pauschale Diffamierung! Sie wären froh ...! Das ist wirklich so!)

– Schreien Sie nicht so rum. – Wir brauchen Arbeitsplätze und soziale Sicherheit statt Armutsmigration und Sozialtourismus. Leistung muss sich in Deutschland endlich wieder lohnen und nicht der Sozialhilfebezug, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Reiner Populismus und Ideologie! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie brauchen mehr politischen Anstand!)

Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand kann es nur mit der Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft geben, nicht mit sozialistischen Experimenten. Ihre sozialistische Konversionstherapie erleben wir tagtäglich mit Ihrem Wirtschaftsminister. Wir brauchen die Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft. Genau dafür steht die AfD, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Johannes Becher (GRÜNE): Sozial? Sozial ist bei euch gar nichts!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie sollten erst mal politischen Anstand lernen! – Lebhafter Widerspruch bei der AfD – Zuruf von der AfD: Eine Frechheit!)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das Wichtigste, was ein Mensch – nicht nur ein Politiker, ein Mensch! – haben sollte, sind Achtung und Respekt vor dem anderen. Dazu gehören auch Menschen islamischen Glaubens, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Zur Sache: Ja, wir sind in einer Rezession; der Wirtschaft geht es schlecht. Wenn der Kanzler immer darauf hinweist, dies würde mit dem Ukraine-Krieg, der Pandemie und dem Gaza-Krieg zu tun haben, ist das leider nur die halbe Wahrheit; denn im internationalen Vergleich sind wir dramatisch nach hinten gerutscht, und das ist tatsächlich von Ihnen in der Ampel-Regierung in Berlin zu verantworten.

Jetzt merken Sie, knapp nach der Halbzeit: Oh, wir haben die erste Halbzeit nicht nur verschlafen, sondern wir haben anstatt auf das gegnerische auf das eigene Tor ge-

spielt und unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft eine Reihe von Eigentoren geschossen. – Jetzt versuchen Sie mit dem Wachstumschancengesetz wieder ein Stück weit zurück zu rudern.

Ich meine, es ginge einfacher: im Steuerrecht, bei der Regulierungswut. Sie könnten viele, viele, viele Dinge, die Sie aus ideologischen Gründen – ich sage nur Heizungsgesetz – aufbauen, schlichtweg streichen, und es würde unserer Wirtschaft besser gehen. Selbstverständlich gehört auch das Thema Bürgergeld dazu. Wenn Sie keine Leistungsanreize mehr setzen für diejenigen, die arbeiten sollen, und zwar möglichst Vollzeit, dann müssen Sie sich nicht wundern, dass wir in dieser Lage sind, in der wir uns jetzt befinden.

Jetzt kommen Sie mit dem Wachstumschancengesetz, einem Zwerg, daher und meinen, damit kann man alles richten.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das hat gar keiner gesagt!)

– Ach? Okay! Sie rudern schon wieder zurück.

(Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Nein!)

Also, das heißt, das ist ein Heftpflaster, das Sie für die Öffentlichkeit auf die große Wunde legen, damit man die Wunde nicht mehr sieht. Aber Sie sind immer noch nicht bereit, die Wunde zu heilen, sondern Sie sagen: "Wachstumschancengesetz" hört sich schön an – Wachstum, Chancen, Gesetz. – Aber: Man sieht dann nicht mehr, was Sie alles für Mist gemacht haben. So kann man keine Politik machen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Gehen Sie mit oder lassen Sie es bleiben!)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es ein Ja zu Ihrem Heftpflaster nur dann geben, wenn Sie fundamentale Ungerechtigkeiten beseitigen.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Ich finde es in der Tat schäbig und unanständig, dass Sie eine Bevölkerungsgruppe, in der Sie wenige Wähler vermuten, nämlich die Landwirte, für alles verantwortlich machen und ihr alle Lasten dieser Welt aufbürden. Das geht nicht. Die Landwirte sind nicht der Sündenbock; sie sind ein Teil der Leistungsträger unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Johannes Becher (GRÜNE): Sie profitieren doch von dem Gesetz!)

– Ja, die profitieren davon, Kollege Becher. Es gibt von Bertolt Brecht ein schönes Gedicht:

"Drescht für euch, drescht für euch
Rinder, drescht für euch!
Das Stroh ist euer Futter, drescht für euch!
Wir, eure Herren
Hätten nur das Mehlkorn gern."

Genau so argumentieren Sie. Die Bauern sind der Prügelknabe der Nation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das lassen wir nicht zu. Deswegen: Machen Sie Ihre Hausaufgaben, beseitigen Sie die Ungerechtigkeiten, dann kann man im Bundesrat zustimmen. Aber nicht so, deswegen klare Ablehnung Ihres Antrags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Also, die Lautstärke von Herrn Pohl und die Argumentationsschwäche lasse ich mal dahingestellt.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Sie brauchen sich nicht mit der Ampel auseinanderzusetzen; Sie brauchen sich auch nicht mit der SPD so vehement und in der Lautstärke auseinanderzusetzen, auch nicht mit den GRÜNEN, sondern Sie müssen sich mit der deutschen Wirtschaft auseinandersetzen, die Ihr Verhalten – von CSU/CDU – im deutschen Bundesrat ganz klar als das beschreibt, was es ist, nämlich eine Blockadepolitik gegen wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist Ihre Verantwortung, die Sie auch hier an diesem Pult deutlich machen. Sie brauchen nicht gegen die Ampel zu kämpfen, aber Sie kämpfen gegen die deutsche Wirtschaft.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): SPD und GRÜNE blockieren, seit zwei Jahren!)

18 Wirtschaftsverbände haben die Bundesländer und CDU und CSU aufgefordert, das von der Bundesregierung beschlossene Wachstumschancengesetz nicht weiter zu blockieren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Ihr blockiert doch!)

Es ist die deutsche Wirtschaft, auch die bayerische Wirtschaft, die Ihnen das ins Stammbuch schreibt. Sie wischen das aber mit einem Federstrich vom Tisch, um hier parteipolitischen – ich würde mal sagen – Budenzauber zu veranstalten. Ich zitiere die IHK für München und Oberbayern, Dr. Manfred Gößl: "Das parteipolitische Gezerre um das Wachstumschancengesetz ist ein Trauerspiel." Es ist Ihr Trauerspiel von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie lamentieren über etwas, was Sie selbst befördern und in einer Art Lust befördern: nämlich Verunsicherung in der Wirtschaft.

(Lachen des Staatsministers Albert Füracker)

Das ist Ihre Verantwortung. – Ich setze das Zitat von Herrn Dr. Gößl fort: "Wenn sich die demokratischen Parteien noch nicht einmal auf [so einen] Impuls für Wachstum einigen können [...], werden wir auch kein Wachstum haben." Das schreibt die Wirtschaft Ihnen ins Stammbuch.

Ich zitiere Siegfried Russwurm vom Bundesverband der Deutschen Industrie: "Die Signalwirkung" – und damit meint er die Signalwirkung Ihrer Haltung hier im Bayerischen Landtag und die Blockadehaltung im deutschen Bundesrat – "ist katastrophal, das ist für Investitionen von Unternehmen ein katastrophales Zeichen."

Zur Koppelung, die Sie aus parteipolitischen, ziemlich niedrigen Beweggründen machen, sagt BDI-Präsident Russwurm: "Ich halte es wirklich für schwierig, solche Verbindungen einzugehen, einzelne Themen miteinander zu verknüpfen."

Wenn Sie also nicht unserer Argumentation folgen, dann folgen Sie bitte der Argumentation der deutschen und der bayerischen Wirtschaft; sie erwartet ein Signal. Das sollten Sie morgen im Bundesrat geben. Hier im Landtag war es leider nicht möglich.

Die deutsche Wirtschaft schreibt Ihnen ins Stammbuch: Ihr Verhalten ist verantwortungslos für die wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Josef Lausch vor. Bitte.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Halbleib, gestern hatten wir eine Gesprächsrunde mit dem deutschen und dem Bayerischen Müllerbund. Es wurde be-

klagt, dass viele mittelständische Betriebe im Jahr der Energiekrise 2022 langfristige Stromabnahmeverträge für ihre Betriebe abgeschlossen haben im Vertrauen auf die Strompreisbremse, die im Rahmen des Osterpakets nun abgeschafft wurde. Bitte äußern Sie sich dazu, wie Sie zu dieser Abschaffung der Strompreisbremse stehen. In unseren Augen ist das ein offener Vertrauensbruch. Das Wachstumschancengesetz bräuchte es bei vernünftiger Wirtschaftspolitik nicht.

Volkmar Halbleib (SPD): Sie wissen selber – schauen Sie bitte noch mal nach –, was wir alles geleistet haben, um Energiekostenentlastungen zu schaffen. Es ist ignorant, dass Sie das nicht einmal wahrnehmen wollen.

Dass Sie der bayerischen und der deutschen Wirtschaft entgegenhalten, Sie lehnen das Wachstumschancengesetz ab, ist Ihre Verantwortung. Sie verweisen auf andere, nehmen aber Ihre eigene Verantwortung nicht wahr. Wir haben unheimlich viel zur Entlastung der Wirtschaft geleistet, Milliardenbeträge, aber auch zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Da hätten wir auch gerne weitergemacht.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es!)

Die Union hat die Schärfung der Schuldenbremse beim Bundesverfassungsgericht so umgesetzt und nun muss sie ein Stück weit, und das ist Ihre Verantwortung, auch mit den Konsequenzen leben. Das müssen wir leider gemeinsam. Der Finger zeigt deshalb eher in diese Richtung als in unsere Richtung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Unsäglich!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Staatsminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie musste ja noch kommen, die Schuldenbremse; denn sie ist ja an allem schuld, weil wir nicht endlich wieder Schulden machen können.

(Florian von Brunn (SPD): Das wollen auch die Kollegen von Ihnen!)

Wissen Sie, wie man in Berlin Wachstum erzeugen könnte? – Das könnte man, wenn man die 39 Milliarden Euro Neuverschuldung, die Lindner in diesem Jahr macht, nicht verwenden müsste, um 37 Milliarden Euro Zinsen zu bezahlen, die deswegen entstanden sind, weil man Schulden gemacht hat.

Auch das war gestern wieder interessant. Ich werde im Landtag ständig geprügelt, weil ich keine Schulden mache. Die GRÜNEN haben mich bei der Einbringung des Haushalts wieder geprügelt, ich müsste endlich wieder mehr Schulden machen. Gestern haben sie mich kritisiert, dass ich zu wenig Schulden tilge. Es ist also immer wieder ganz interessant, was wir hier diskutieren. Fakt ist: Solange wir uns in Berlin hauptsächlich damit beschäftigen, wie wir endlich wieder Schulden machen können, statt uns damit zu beschäftigen, wie wir wieder Wirtschaftswachstum erzeugen können, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass wir in dieser Situation sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Klaus Holetschek (CSU): So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft in Deutschland leidet massiv unter der Ampel. Das ist nichts, was ich sage, sondern man muss nur einmal die Herrschaften, die Sie heute schon zitiert haben, auch dazu zitieren. Wir haben einen Bundeswirtschaftsminister, der hat – ich glaube, es war vor eineinhalb Jahren, vor Weihnachten – dem deutschen Handwerk und dem Mittelstand das Insolvenzrecht erklärt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Daran kann sich bestimmt jeder gut erinnern. Das war der Wirtschaftsminister, der das vor Kurzem gesagt hat, als er die Wachstumsprognose auf 0,2 % zurücknehmen musste. Im Übrigen: Es gibt unter den G20, also unter den, wie wir wissen, 20 wirtschaftsstärksten Ländern auf der Welt mittlerweile nur noch ein Land, das eine schlechtere Wachstumsprognose hat als Deutschland, und das ist Argentinien. Wir lie-

gen auf Platz 19. Der Wirtschaftsminister hat jedenfalls gesagt, 0,2 % Wachstum, das wäre dramatisch schlecht. Der Finanzminister hat bei der gleichen Angelegenheit gesagt, es wäre peinlich und in sozialer Hinsicht gefährlich. Vor Kurzem hat dann Herr Habeck in seiner ihm eigenen Art erklärt, der Wirtschaft geht es gut, nur die Zahlen wären schlecht.

(Heiterkeit bei der CSU)

Auf diesem Niveau machen wir Wirtschaftspolitik. Und hier müssen wir uns vorwerfen lassen, dass wir angeblich blockieren und das Sieben-Milliarden-Wachstumschancengesetz deshalb nicht so schnell kommt, wie das die Ampel angeblich will.

Und dann höre ich, dass sich in Deutschland Firmen ansiedeln. Stimmt! Herr von Brunn hat Intel genannt. Die bekommen 10 Milliarden Euro. Der Mittelstand, die bayerische Wirtschaft, die fragen mich eher, wie es sein kann, dass die Bundesregierung für eine Firma 10 Milliarden Euro Subventionen in die Hand nimmt, die gesamte Entlastung der deutschen Wirtschaft aber nur 7 Milliarden betragen soll. Das nennen die Entlastung, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist doch ein Witz! Jetzt sage ich Ihnen einmal, was da blockiert wird. Blockiert wird nicht das Wachstumschancengesetz, sondern blockiert werden unsere Anträge, die wir Ende September im Finanzausschuss des Bundesrates eingebracht haben. Ich war dabei, ich habe die Anträge nämlich alle eingebracht: Absenkung der Unternehmensteuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 %, Soli abschaffen, Entfristung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, Beibehaltung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie, bei der Grunderwerbsteuer Förderung des Ersterwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum, Abbau unnötiger Bürokratie im Steuerrecht. Ich kann so weitermachen. 25 Anträge hat der Freistaat Bayern in der Finanzausschusssitzung des Bundesrates eingebracht. Fast

alle Anträge zur Entlastung wurden abgelehnt von GRÜNEN- und SPD-geführten Ländern und von den Kolleginnen und Kollegen dieser Parteien. Und hier muss ich mir heute von Ihnen anhören – Sie können nichts dafür, Sie konnten nicht dabei sein –, wir würden hier irgendetwas blockieren. Wir haben den Vermittlungsausschuss angerufen, und wissen Sie auch warum? – Weil uns 7 Milliarden Euro zu wenig waren. Das ist beweisbar. Fragen Sie doch die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, die in der Arbeitsgruppe mitverhandelt haben, in der ich für den Freistaat Bayern verhandeln durfte. Die waren selbst in einer traurigen Situation. Die haben nämlich erkannt, dass ich mich ständig bemühe, mehr Entlastung zu erreichen. Fragen Sie die doch einmal. Ich glaube, die Kollegin hieß Beck, und der andere Kollege war Herr Andretsch. So, die waren dabei. Fragen Sie die doch einmal. Wir haben ständig für eine höhere Entlastung gekämpft und sind immer so hingestellt worden, als hätte der Freistaat Bayern zu viel Geld, und uns wurde gesagt, wir sollten uns doch eher zurücknehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben erneut im Kabinett beschlossen, in der letzten Woche, dass wir die Anliegen dieser Anträge, die wir im September vorgelegt haben und die abgelehnt worden sind von den Ampelianern, morgen wieder als Initiative im Bundesrat zur Abstimmung stellen. Ich sage das jetzt unabgestimmt, aber wenn die GRÜNEN und die SPD im Bundesrat morgen unseren Entlastungsvorschlägen zustimmen, könnte ich mir vorstellen, dass wir uns dazu aufrufen, dem Wachstumschancengesetzchen zuzustimmen. Warum? – Weil das Wachstumschancengesetzchen im Vergleich dazu geradezu untergeht. Im Vergleich zu dem, was Sie wollten, ist von Entlastung nämlich nichts da. Was bei den Landwirten an Ärger entstanden ist, hat natürlich etwas damit zu tun, dass von den 3,2 Milliarden Euro etwa die Hälfte der Bund zur Entlastung beiträgt und dieser sich von dieser Hälfte, von den 1,6 Milliarden Euro, quasi gleich wieder eine halbe Milliarde Euro von den Bauern holen will. Ich weiß nicht genau, ob das wirklich klug ist. Vor ein paar Monaten haben wir gehört, dem Bund fehlen 17 Milliarden Euro, um den Haushalt auszugleichen. Dann war die Idee, 1 Milliarde Euro davon sollen die Bauern bezahlen. Jetzt hat man den Bauern gesagt: Ihr braucht keine Milliarde zu bezahlen, zahlt nur 450 Millionen Euro. Jetzt erzählt man schon wo-

chenlang, dafür finde man an anderen Stellen irgendwelche Entlastungen in steuerlicher Hinsicht, ein Regulativ, womit man möglicherweise die Bauern bürokratisch entlasten könnte. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Die Bauern gehören ohnehin bürokratisch entlastet. Diese ganzen bürokratischen Fragen können Sie doch unabhängig vom Wachstumschancengesetzchen jederzeit regeln. Das ist doch überhaupt kein Problem, null Problem!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern ist das, was hier aufgeführt wird, ein Schauspiel mit Krokodilstränen. Im Übrigen hat sich die bayerische Wirtschaft mehrfach bei mir bedankt, dass wir in der Arbeitsgruppe zum Vermittlungsverfahren zum Wachstumschancengesetz wenigstens so unsinnige Vorhaben von Rot-Grün verhindern konnten wie die Anzeigepflichten nationaler Steuergestaltungen. Das sind Dinge, wenn die auch noch gekommen wären, meine Damen und Herren, dann hätten die bayerische und die deutsche Wirtschaft sich wirklich ernsthaft gefragt: Die reden von Entlastung und von Entbürokratisierung, was ist da los, wenn doch das Gegenteil stattfindet. – Also, bleiben wir hier bitte ehrlich miteinander.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Einzigen, die hier signifikante Entlastungen auf Bundesebene blockiert haben, das waren doch die Ampel-Parteien. Da bin ich Zeuge, ich war dabei. Ich habe das alles verhandelt. Schauen wir einmal, was den Bauern morgen noch angeboten wird. Ich bin mir ganz sicher: Eine Entlastung für die bayerische Wirtschaft muss in einem ganz anderen Ausmaß stattfinden als hier in diesem Wachstumschancenverhinderungsgesetz. Das ist die Wahrheit. Insofern ist Ihr Antrag heute wirklich ein Schauspiel. Gut, dass man dafür keinen Eintritt bezahlen muss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste ist vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Minister Füracker, ich bin schon etwas schockiert über Ihr fehlendes wirtschaftliches Verständnis.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Es ist schon schade, dass nicht der Wirtschaftsminister am Rednerpult steht, der hätte sicher ein tiefergehendes wirtschaftliches Verständnis. Sie wissen doch selbst – oder vielleicht wissen Sie es auch nicht –, wie viele Milliarden es die deutsche Wirtschaft gekostet hat, dass wir Lieferengpässe hatten, und zwar gerade bei den Halbleitern, gerade bei der Automobilindustrie usw.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Genau!)

Die 10 Milliarden Euro bei Intel sind sehr gut investiertes Geld. Das brauchen wir, damit unsere Wirtschaft krisenresistent ist. Das Gleiche machen wir mit der Pharmaindustrie und allen anderen. Zur Wahrheit gehört auch: Eigentlich wollte Intel nach Bayern kommen. Die sind aber unter anderem deshalb nicht gekommen, weil Sie die Windkraft nicht ausgebaut haben und

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

weil sie gesagt haben, wir gehen lieber woanders hin, wo die Energieversorgung gesichert ist.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin mir sicher, wenn Intel nach Bayern gekommen wäre, dann wären die CSU-Minister die Ersten gewesen, die sich dort hätten abfotografieren lassen. So sieht es nämlich aus.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die hätten keine Milliarden dafür bezahlt!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Wenn mir Herr von Brunn wirtschaftspolitischen Sachverstand abspricht, kann ich damit gerade noch leben.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):
Aber mit Argumenten!)

Es ist direkt schade, wenn man sich da auch noch streiten muss. Herr von Brunn, warum Intel nicht gekommen ist, da müssen wir, glaube ich, Herrn Kollegen Hartmann fragen. Damals ging es um Flächenverbrauchsdiskussionen im Landkreis Landsberg am Lech, wenn ich mich noch recht erinnere. Ich will das aber nicht genau kommentieren. Fakt ist jedenfalls – und deshalb habe ich das angeführt, weil Sie gesagt haben: Intel kommt doch! –, dass ich nicht gesagt habe, man kommt, weil man 10 Milliarden bekommt, sondern ich habe nur gesagt – und so viel zu meinem wirtschaftspolitischen Sachverstand –, dass die bayerische Wirtschaft mich eher fragt, wie es sein kann, dass die Ampel bereit ist, für ein Unternehmen 10 Milliarden Euro zu geben und für die restliche Entlastung der deutschen Wirtschaft 7 Milliarden Euro pro Jahr. Das war meine Aussage, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen sage ich: Mein wirtschaftspolitischer Sachverstand ist größer als Ihr Zwischenfrage-Sachverstand.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Dann kommen wir zur zweiten Zwischenbemerkung, nämlich von der Kollegin Steffi Schuhknecht.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich habe die Berichterstattung zu dem Gesetz aufmerksam verfolgt. Ihre Kollegen im Bundestag haben eigentlich relativ geschlossen gesagt, das Gesetz passt jetzt schon so. Das, was wir jetzt hier sehen, ist ein Schauspiel, mit dem Sie versuchen, durch die Hintertür Entlastungen und andere Dinge in ein Gesetz hineinzuverhandeln, die sachlich damit eigentlich gar nichts zu tun haben. Die Verknüpfung von sachfremden Dingen in einem Vermittlungsausschuss haben wir in dieser Form so tatsächlich noch nicht gesehen.

Sie haben gesagt, die 7 Milliarden Euro seien die einzige Entlastung für die Wirtschaft. Das ist natürlich nicht der Fall. Das ist ein Baustein. Wir haben weitere Entlastungen. Allein die Abschaffung der EEG-Umlage ist eine riesige Entlastung. All die Dinge, die passiert sind, haben Sie nicht eingepreist. Es ist absolut unredlich, als Vergleichsgröße nur diese 7 Milliarden Euro heranzuziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Liebe Frau Kollegin, ich kann geschichtlich nicht bewerten, wann wo sachfremde Dinge zusammengefügt wurden. Insofern wäre auch die EEG-Umlage sachfremd, da sie mit dem Wachstumschancengesetz auch nichts zu tun hat.

Sie haben heute zu diesem Schauspiel eingeladen. Sie haben uns aufgefordert, zu der Frage Stellung zu nehmen, warum wir morgen für die Bauern weiterkämpfen und den Kampf nicht aufgeben. Das sagen Sie. Ich erkläre Ihnen seit Monaten, dass wir für die Wirtschaft viel mehr getan hätten, als jemals auf dieses Wachstumschancengesetz zurückzuführen sein wird.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Aber 16 Jahre lang nicht! – Zurufe)

Das wurde von Rot-Grün abgelehnt. – Haben Sie einen Käfig offengelassen? Ist dort hinten ein Käfig offen? Was ist denn dauernd?

(Heiterkeit bei der AfD)

In einer Tour wird hier dazwischengeplärrt.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Unmöglich!)

Ich erkläre die Sachen gerne, aber dann muss man auch zuhören. – Wir versuchen seit Herbst, die Ampel mit unseren Wachstumsinitiativen zu überzeugen. Diese werden ständig abgelehnt; dann aber wird uns vorgeworfen, wir würden das Bisschen, was zum Schluss vorgelegt wurde, zum Leidwesen der Wirtschaft blockieren.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Genau so ist es!)

Da muss ich doch ehrlicherweise noch sagen dürfen, wie das zustande gekommen ist.

(Beifall bei der CSU – Gülseren Demirel (GRÜNE): Doch! Genau so ist es! Sie haben es blockiert!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/767 seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.